

Der versuchte Eingriff in die Staatstheaterführung sorgt für große Empörung

Tauziehen um Hilfsangebote

Althaus ist stinksauer auf die Aktion von Illert und Krause!

Klare Worte aus der Staatskanzlei: Märki stehen aus Sicht der Landesregierung alle Türen offen

■ Von Hans Hoffmeister und Gerlinde Sommer

Weimar. (tlz) Glaubt man einem seiner zeitweisen Begleiter auf dem Großlockner, dann stapft Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) derzeit mit großer Wut im Bauch durch die österreichischen Alpen. Erst gestern Morgen, als es ihm abseits eines Funkloches möglich war zu telefonieren, war dem MP offenbar das ganze Ausmaß der Ränke in der Weimarer CDU aufgegangen. „Er ist stinksauer auf Illert und Krause! Und er lässt sich nicht vor ihren Intriganten spannen“, übermittelte ein Althaus-Gesprächspartner gestern früh der TLZ den aktuellen Stand.

Wie von der TLZ bereits am Sonntag berichtet, soll in Weimar die einst schon vom damaligen Minister Jens Goebel (CDU) zugesagte Vertragsverlängerung des Staatstheater-Generalintendanten Stephan Märki über das Jahr 2010 hinaus offenbar hintertrieben werden. Und eine Mehrheit gegen den Theatermann geschmiedet werden, der mit dem „Weimarer Modell“ dem DNT in schweren Zeiten das Überleben ermöglicht hatte und so auch der Politik Zeit zur Besinnung auf Wesentliche schuf. Das bekannte Ergebnis: Althaus setzte die Staatstheateridee durch und folgte dem Gebot der Vernunft, für das Kulturbürger aus Weimar, Thüringen und weit darüber hinaus lange gekämpft hatten.

Die Männer, auf die Althaus sauer ist, sind Stützen seiner Partei: Peter Krause, im Frühjahr 2008 in letzter Minute verhinderte Kultusminister mit notorischer Neigung zur Neuen Rechten und bundesweit daher kritisch beäugt, ist CDU-Parteichef in Weimar. Stephan Illert leitet die Weimarer Stadtratsfraktion. Mit Krause ist Kulturstaatsekretär Walter Bauer-Wabnegg eng verbandelt, mit ihm hat er die Stoftrichtung gegen den Generalintendanten offenbar geschmiedet, denn schon vor Wochen ließ er wissen: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“

■ Verhinderter Minister tritt für vermeintlich neue Inhalte ein

Und: Krause will auch erklärtermaßen inhaltlich ein anderes Theater als das, für das Märki steht. Illert – der dies länger schon wissen musste, wie der Verlautbarung beider zu entnehmen ist (TLZ dokumentierte dies in der Montagsausgabe) – sprang am Wochenende auf Krauses Zug auf. Alle drei wollen „den mentalen und künstlerischen Schub“ nutzen, der sich durch die Staatstheater-Gründung ergeben habe. Illert und Krause treten gegen „Verkrustungen“ ein, ohne diese zu benennen. Sie reden damit das DNT öffentlich schlecht, das soeben mit dem „Ring“ deutschlandweit Furore macht.

Althaus sei ganz klar für eine Vertragsverlängerung

Märkis, jedoch sitze er nicht im zuständigen Gremium, heißt es aus seinem Umfeld. Und was ist mit dem Kulturstaatsekretär, der die Kabale eingefädelt hatte? „Um den kümmert sich der Minister“, heißt es. Zuständig ist Bernhard Müller (CDU), ausgewiesener Bildungsexperte, der bisher in seinem neuen Amt die Kulturfragen beim Staatssekretär gut angesiedelt sah...

Regierungssprecher Fried Dahmen habe, so hieß es aus dem MP-Umfeld, von Althaus den Auftrag, „ganz scharf“ die Auffassung des Ministerpräsidenten kund zu tun. Sprecher Dahmen erklärte am Mittag zwar dann nicht scharf, aber doch ganz klar: „Es gilt nach wie vor: Wenn Märki verlängern möchte, stehen ihm aus Sicht der Landesregierung alle Türen offen. An dieser Haltung hat sich durch die Diskussion vor Ort nichts geändert.“ Althaus habe „einige Gespräche“ geführt, mit dem Minister, der im Hause sei, „und auch mit dem Staatssekretär“. Er habe ihm seine Haltung erläutert.

Althaus empfindet Bauer-Wabneggs Vorstoß nicht nur grundsätzlich, sondern auch vom Zeitpunkt her als völlig daneben: „So ernährt man ein Sommerloch“, spottete der Regierungssprecher. In der Staatssekretärs-Konferenz am Montag war das Thema kein Tagesordnungspunkt. Heute, Dienstag, findet unter Leitung von Finanzministerin und Vize-MP Birgit Diezel (CDU) die letzte Kabinettsitzung vor der Sommerpause statt.

■ Vollmer erinnert an das letzte Versprechen

Unterdessen hat die einstige Bundestagsvizepräsidentin, die Grande Dame der Republik, Antje Vollmer (Bündnisgrüne) im TLZ-Gespräch mit viel Bitterkeit den Vorstoß von Staatssekretär Bauer-Wabnegg beklagt: „Jetzt wollen sie das letzte Versprechen, das sie gaben, brechen – seine Vertragsverlängerung!“ Dabei habe Stephan Märki hohe Verdienste auch um die Umgangkultur in schwerer Zeit. „Er hat immer vermittelt zwischen Landesregierung, Stadt und Bürgern.“ Auch deshalb sei das Manöver „unsäglich“. Niemand könne dem DNT-Generalintendanten etwas vorhalten, was seine Arbeit betreffe. Im Gegenteil: Das DNT habe bundesweit positive Kritiken erhalten. Und es sei das bestbesuchte Haus in Thüringen. Seine Besucherzahlen stiegen ständig. „Märki ist ein Erfolgsmensch. Und das kann wohl nicht jeder mit ansehen, dem solcher Erfolg nicht beschieden ist...“, so Vollmer. Eine solche Haltung entsetze und irritiere sie.

Bauer-Wabnegg erklärte dagegen: Es habe seitens der Gesellschafter bisher keine verbindliche Zusage hinsichtlich einer Vertragsverlängerung über 2010 hinaus gegeben. Zugleich stünden Märkis Verdienste aber „außer Fra-



Ränkespiel ums DNT: Während einige Unionisten in Weimar DNT-Generalintendant Stephan Märki in die Wüste schicken wollen, bereitet dieser das Jahr der Demokratie mit vor, weil in diesem Haus 1919 die Weimarer Republik ihren Anfang nahm. Fotos: tlz/Peter Michaelis

ge“. Der Staatssekretär will, das geht aus seiner Verlautbarung vom Wochenende hervor, lediglich „im Zuge der Terminfindung“ einer Bitte Märkis „um ein möglichst rasches und vertrauliches Zeichen für den Fall, dass sich im Kreis des Aufsichtsrats und der Gesellschafter des DNT Stimmen gegen eine zweite Vertragsverlängerung abzeichnen sollten“, gefolgt sein. Märki selbst darf sich dazu nicht äußern, wie er es auch bisher gehalten hat. Aus seinem Umfeld allerdings ist zu erfahren, dass diese Darstellung als an den Haaren herbeigezogen gilt. Von einer reinen Schutzbehauptung ist die Rede.

Das DNT ist immer schon mehr gewesen als nur ein Theater: Das wird gerade auch bei der Vorbereitung des Demokratie-Jahres 2009 deutlich, wenn an die Gründung der Weimarer Republik 1919, Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 und die friedliche Revolution 1989 erinnert werden soll. Schon jetzt steckt Märki mitten in den Vorbereitungen. In das Haus haben aber immer auch schon die Antidemokraten und die Diktatoren gedrängt, weil sie sich von der Bühne falschen Glanz und billigen Beifall für ihre kranken Ideen erhofften.

Kritisch zu Wort gemeldet hat sich auch die Linke-Bundestagsabgeordnete Lucretia Jochimsen. „Weimar und Thüringen wären dumm, wenn sie diesen Mann vertrieben“, erklärt die kulturpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, die auf der Thüringer Liste steht. Jochimsen weiter: „Die Schauspieler um den jungen Hausregisseur Tilmann Köhler schufen klassisch-modernes Sprechtheater, das seines gleichen sucht. Die Oper, von einem internationalen und nationalen Publikum umjubelt mit ihrer „Ring“-Inszenierung, ist ein Anziehungsmagnet für Besucher aus ganz Europa.“ Auf dem Theater heiße es: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ In der Werbung werde aber gewarnt: Gebt niemals leicht-

fertig eine gut eingeführte „Marke“ auf. Und eine solche „Marke“ sei Märki. Was von Bauer-Wabnegg und anderen inszeniert werde, bleibe unverstänlich, gerade auch deshalb, weil es Thüringen schade: „Seit Jahren ist die Strahlkraft des DNT mit dem Namen Stephan Märki verbunden“, erinnert sie.

„Ich glaube nicht, dass das ohne Wissen von Dieter Althaus geschieht, was da jetzt geschieht. Dazu hat er sich viel zu sehr eingemischt in die Theaterfrage“, erklärte im TLZ-Gespräch SPD-Landesparteichef Christoph Matschie. „Meine Aufforderung: Dieter Althaus muss jetzt dafür sorgen, dass die Verantwortlichen rasch die notwendigen Entscheidungen treffen.“ Natürlich habe niemand ein Recht auf eine dauerhafte Intendanz, „aber Stephan Märki hat sich um Weimar und das Nationaltheater verdient gemacht. Und er verdient, dass man fair mit ihm umgeht und diese Verdienste auch eine Rolle spielen“ bei der Vertragsfrage.

■ Matschie warnt vor Ansehensverlust in der Kulturszene

Kulturpolitik in Thüringen muss aus Sicht des SPD-Chefes, der nächstes Jahr als Ministerpräsidentenkandidat antritt, von dem Wissen darum getragen werden, „dass diese reiche Kulturlandschaft ein ungeheurer Schatz ist, mit dem wir arbeiten müssen, den wir bewahren müssen, der uns Entwicklungschancen bietet.“ Matschie warnt Althaus davor, „dass die Kulturszene in ganz Deutschland auf diese Entscheidung

schauf“. Da werde die Frage gestellt, „wie gehen wir mit einem Mann wie Stephan Märki um, der sich enorme Verdienste um die Entwicklung dieses Theaters und der Kulturlandschaft Thüringens erworben hat. Daran wird man Kulturpolitik in Thüringen messen?“

Für „empörend“ hält Volkhardt Germer „den Versuch des Kulturministeriums, unserem Generalintendanten eine Vertragsverlängerung zu verweigern“. Wenn dem auch noch interne Gespräche für einen Stimmengang contra Märki vorausgegangen seien, „ist für mich der Skandal offenbar“, erklärte der 2. Vorsitzende des Förder- und Freundeskreises DNT und Staatskapelle und Alt-Oberbürgermeister von Weimar. Er stehe „mit großem Vertrauen hinter Stephan Märki und dessen Arbeit. Ohne ihn hätten wir das DNT nicht mehr in dieser Form“, erinnert er. Er spreche sicher auch im Namen der Vereinsmitglieder und vieler Weimarer Bürgerinnen und Bürger, wenn er Märki „in einer möglichen Auseinandersetzung unsere ganze Unterstützung versichere“, so Germer. „Ich erwarte klare Aussage aus dem zuständigen Ministerium, dass man sich an Zusagen des Vorgängers zur Vertragsverlängerung des Generalintendanten hält. Insbesondere die Stadtspitze sollte hier auch klare Position beziehen. Ich fordere klare Signale von den Entscheidungsträgern für einen Mann, der sich um das DNT in hohem Maße verdient gemacht hat, damit dieser mit der notwendigen Sicherheit das Theater künstlerisch und wirtschaftlich zukunftsfähig machen kann.“

■ TLZ-PODIUM

Poker ums DNT ist der große Aufreger

Diskussion im Weimarer Hotel „Elephant“

Weimar. (tlz) Kaum ist das DNT in Weimar Thüringer Staatstheater, will eine politische Untergruppe offenbar die Spitzenposition des Hauses neu besetzen und so Einfluss auf die künstlerische Arbeit nach 2010 nehmen. Was steckt dahinter? Unter dem Motto „Poker ums DNT“ haben als TLZ-Podiumsgäste bereits zugesagt: der Linke-MP-Kandidat Bodo Ramelow, SPD-Landtagsabgeordneter und Kulturrexperte Hans-Jürgen Döring, Weimarerwerk-Fraktionschef Norbert Schreimb, Stadtrat und DNT-Aufsichtsrat Rudolf Keßner sowie der scheidende Operndirektor und „Ring“-Star Mi-



chael Schulz. Angefragt ist CDU-Stadtratsfraktionschef Stephan Illert. Wegen des großen Interesses wird der Talk am Mittwoch ins „Hotel Elephant“ verlegt. Der Eintritt ist kostenlos. Die Bürger können sich an der Debatte beteiligen.

Mittwoch, 16. Juli, 17 Uhr, Hotel Elephant, Weimar, Eintritt frei.

Für Betreuung aus einer Hand

Verfassungsänderung angestrebt

Berlin. (dpa/tlz) Langzeitarbeitslose sollen auch künftig eine Betreuung aus einer Hand erhalten. Damit dies möglich bleibt, wollen Bund und Länder das Grundgesetz ändern. Darauf verständigte sich überraschend die Sonderkonferenz der Arbeits- und Sozialminister. Ein monatlanges Tauziehen auf allen Ebenen wurde dadurch verhindert. Erst die angestrebte Verfassungsänderung macht es möglich, das vom Bundesverfassungsgericht beanstandete Modell der Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen fortzuführen. Für eine Grundgesetzänderung ist in Bundestag und Bundesrat jeweils eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig.

■ Durchbruch erzielt

Der Beschluss der Länder zur Änderung der Verfassung erfolgte einstimmig, teilte der Hamburger Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) als Vorsitzender der Arbeitsministerkonferenz mit. Er sprach von einem „Durchbruch“. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) begrüßte das Ergebnis als „wirklichen Fortschritt“ und kündigte an, die gesetzlichen Änderungen sollten rasch – spätestens bis Jahresende – umgesetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte im vergangenen Dezember die von der Bundesagentur für Arbeit und Kommunen gemeinsam organisierten Arbeitsgemeinschaften (Argen) als unzulässige Misch-

verwaltung beanstandet und eine Änderung bis Ende 2010 gefordert. Mit dem Beschluss, der diese „Argen“ langfristig absichert, erhalten auch zehntausende von Beschäftigten der Jobcenter eine Perspektive. „Wir haben jetzt eine Chance, das, was die ‚Argen‘ heute tun, besser zu machen“, zeigte sich der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) zufrieden. Die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) sagte, die „gute Konstruktion“ der ‚Argen‘ werde nun „verfassungsgemäß gemacht“.

■ Einig im Miteinander

Scholz zeigte sich erfreut, dass die Verständigung mit den Ländern bereits ein gutes halbes Jahr nach dem Urteil aus Karlsruhe erreicht werden konnte. „Wir haben jetzt einen Weg miteinander gefunden.“ Erwartet worden war, dass es über die Neuorganisation der Hartz-IV-Verwaltung ein erbittertes und langes Tauziehen geben würde. Deswegen hatte Scholz ursprünglich eine Lösung auf freiwilliger Basis und ohne Gesetzesänderung ins Auge gefasst. Das Konzept der „kooperativen Jobcenter“ unter Federführung der BA ist nun vom Tisch. Bund, Länder, Kommunen und BA setzen ihre Zusammenarbeit fort. Die Reaktion auf den Beschluss fiel positiv aus: Die Arbeitsexpertin der Grünen, Brigitte Pothmer, sieht einen „Sieg der Vernunft“.

Sozialtarife ausgebremst

Heiz-Zuschüsse in der Debatte

Berlin. (dpa/tlz) Die Bundesregierung will trotz der Teuerungswelle bei Strom und Gas Geringverdiener nicht mit Sozialtarifen unter die Arme greifen. In den Koalitionsparteien Union und SPD werden aber Maßnahmen geprüft, ob es Zuschüsse zum Beispiel zu den Heizkosten geben soll. Deutschlands zweitgrößter Versorger RWE kündigte an, im Herbst seine Gaspreise im Schnitt um 25 Prozent zu erhöhen. Die Union forderte erneut längere Laufzeiten für die Kernkraftwerke. Die SPD startete eine Anti-Atom-Kampagne. „Die SPD hält am beschlossenen Atomausstieg fest“, sagte Generalsekretär Hubertus Heil. Die „Renaissance der Atomkraft“ sei ein Märchen.



Sorge für Verwirrung: Kanzlerin Angela Merkel (CDU) musste klarstellen, dass Hartz-IV-Empfänger derzeit nicht Heiz- und Stromkosten erstattet erhalten. Foto: dpa

■ Merkel liegt bei Warmwasser und Strom falsch

Für Verwirrung sorgte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Vize-Regierungssprecher Thomas Steg musste einräumen, dass die Kanzlerin in einem Interview nicht deutlich genug erklärt habe, dass Empfänger von Arbeitslosengeld II steigende Stromkosten selbst zahlen müssen. Es habe sich in Merkels Äußerungen eine „gewisse Unschärfe“ eingeschlichen. Sie hatte behauptet, Hartz-IV-Empfänger bekämen alle Heiz- und Stromkosten voll erstattet. Tatsächlich werden vom Staat nur Miete und Heizen bezahlt – Strom und Warmwasser müssen aus dem monatlichen Regelsatz von 351 Euro finanziert werden. Zum 1. Januar 2009 wird aber das Wohngeld (mit Heizkostenzuschuss) um fast 60 Prozent erhöht. Die SPD hält von kurzfristigen steuerlichen Entlastungen zum Ausgleich

für die hohen Benzin- und Energiepreise nichts. Eine Senkung der Mineralölsteuer würde vielleicht „für drei Wochen fröhlich machen“, dann von den Konzernen aber wieder auf die Preise geschlagen, sagte Heil.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) stimmte die Verbraucher auf dauerhaft hohe Preise ein. Es werde aber geprüft, wie der Staat – ohne die Steuern zu senken – darauf reagieren könne. „Jetzt denken SPD wie CDU/CSU über gezielte Instrumente nach, theoretisch könnten das zum Beispiel Heizkostenzuschüsse sein“, sagte Steinbrück. Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) lässt eine Prämie für Energiesparer prüfen. Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) warnte vor einem Festhalten an der Atomenergie. „Die Windparks, für die ich jetzt in Nord- und Ostsee die Voraussetzungen schaffe, können so viel Strom liefern wie zehn Atomkraftwerke“, sagte der Minister.



Versprechen nicht brechen, fordert Bundestagsvizepräsidentin a.D. Antje Vollmer.



Das Ansehen des Kulturlandes ist in Gefahr, warnt SPD-Chef Christoph Matschie.



Zukunftsfähigkeit des DNT steht auf dem Spiel, fürchtet Alt-OB Volkhardt Germer.